

Redmail

SPD Hameln-Pyrmont

Ausgabe 05/2006 ■ 30. Mai 2006



Gabriele Lösekrug-Möller

Inhalt

Aus dem Unterbezirk

- Bayrischer Abend mit Ludwig Stiegler

Aus Hannover

- Biokraftstoffe

Aus Berlin

- Zur Lage am Ausbildungsmarkt
- Wahlen im Kongo
- Steueränderungsgesetz 2007
- Haushaltsbegleitgesetz 2006
- Terrorismusbekämpfung

Aus Europa

- Schließung von Guantanamo

Termine

Bio, Bio, Bio

Noch vor 5 Jahren wurde diese Vorsilbe nur im Zusammenhang gebracht mit Sandalen und Müsliriegeln.

Seit Rot/Grün mit den EEG – Erneuerbare-Energien-Gesetz – den Startschuss für Energie u.a. aus nachwachsenden Rohstoffen gegeben hat, boomt die Branche.

Biomasse ist top, aus Landwirten werden Energiewirte, die Ottensteiner Hochebene feiert das Rapsblütenfest und in Berlin wird derzeit über Beimischungspflicht von Biokraftstoffen und ihrer Besteuerung heiß diskutiert. Dazu ein Beitrag von Volker Brockmann MdL.

Gute Laune und klaren Kurs, das gab es beim bayrischen Abend in Buchhagen mit Ludwig Stiegler. Auch dazu ein Text.

Fakten, Fakten, Fakten aus der Bundespolitik.

Ein schönes Pfingstfest wünsche ich Euch und auch alles Gute

Eure

Gabriele Lösekrug-Möller

Aus dem Unterbezirk

Bayrischer Abend mit Ludwig Stiegler oder Kluge Bürgermeister hören auf ihre Räte

Bericht von Gabriele Lösekrug-Möller, UB-Vorsitzende

Kann man von Bayern lernen? Können Sozis gute Tipps für Kommunalpolitik aus dem Land der Dirndl und Lederhosen bekommen? Ja, das geht.

Zum Beispiel beim „Bayrischen Abend“ der SPD im Weserbergland. Knapp 400 Gäste waren zum blau-weißen Ereignis nach Buchhagen gekommen. „Bayern 3“ gab den Ton an. Zünftig, bayerisch, und trotzdem aus Bad Gandersheim kam die Bad, die uns Niedersachsen einheizte.

Original aus Bayern kam der Star des Abends, Ludwig Stiegler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion – der mit dem roten Pullunder. Eigentlich, so erzählte er, wollte er Missionar in Afrika werden, aber als Roter im schwarzen Bayern, das wäre ja so ähnlich.

Neben sehr bildhaften Beschreibungen von Problemen (so viel Rotz passt auf keinen Ärmel) hat er viel Kluges auf Lager zum Thema Stärkung der Kommunen.

Streitbare, engagierte Räte brauchen unsere Städte und Gemeinden, und eine solide finanzielle Basis. Dafür steht sozialdemokratische Politik auf allen Ebenen.

Allerdings hatte er auch einen Spruch für das Stammbuch unserer Bürgermeister dabei: Hört auf eure Räte. Da weiß er, wovon er spricht. Schließlich gibt es in Bayern „seit ewig“ die Hauptamtlichkeit der Bürgermeister und Landräte.

Am Ende stellte der rote Ludwig fest: Die Niedersachsen und die Bayern sind sich sehr ähnlich – ob mit oder ohne Lederhose.

Fazit: Der bayerische Abend hat den sozialdemokratischen Weserbergländern viel Schwung für den Kommunalwahlkampf gegeben. Also: Pack' mers!

Aus Hannover

Biokraftstoffe müssen gefördert werden

Pressemitteilung von Volker Brockmann, MdL

Die Pläne der Bundesregierung zur Besteuerung von Biokraftstoff stoßen parteiübergreifend auf Kritik im Landtag. Das wurde bei der kürzlichen Beratung eines SPD-Antrags im Umweltausschuss deutlich. „Wir wollen verhindern, dass die Bundesregierung die Biokraftstoffe vorschnell besteuert und die Entwicklung dieses zukunftsträchtigen Wirtschaftszweiges damit behindert“, sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Volker Brockmann.

Nach den Plänen der Bundesregierung sollen der bisher steuerfreie Biodiesel und vergleichbare Pflanzenöle ab dem 1. August 2006 mit 10 Cent pro Liter besteuert werden. Die Vorgängerregierung hatte diese Besteuerung erst im Jahr 2009 einführen wollen.

„Mit der von der Bundesregierung beabsichtigten Neuregelung würden die Anreize zur Nutzung von Biokraftstoffen für die Verbraucherinnen und Verbraucher erheblich sinken,“ so Brockmann. Es sei zu befürchten, dass es zu einer Stagnation bei der Abnahme von Biodiesel und Pflanzenöl als Biokraftstoff kommen. Der Preisdruck auf den deutschen Rapsölmarkt könnte zunehmen – mit allen Konsequenzen für Arbeitsplätze gerade in Niedersachsen. Billige Importe von Soja- und Palmölen drohen die heimischen Produkte zu verdrängen und eine neue Abhängigkeit zu schaffen.

„Wir dürfen die positive Entwicklung im Bereich der Biokraftstoffe weder für die Verbraucher noch für die Landwirtschaft gefährden“, so Brockmann. „Deshalb sollte die Bundesregierung die Frage der Besteuerung erst im Zusammenhang mit den sich abzeichnenden Änderungen bei der Beimischungspflicht regeln.“ Im Grundsatz seien sich bei diesem gerade für das Agrarland Niedersachsen so wichtigen Thema alle Fraktionen einig. „Deshalb hoffe ich, dass die Landesregierung im Bundesrat auf eine verträgliche Lösung hinwirken wird.“

Aus Berlin

Zur Lage am Ausbildungsmarkt

Beschluss des SPD-Parteipräsidiums vom 29. Mai 2006

Wenige Monate vor dem Beginn des neuen Ausbildungsjahres ist die Lage auf dem Ausbildungsmarkt alarmierend. Die Schere zwischen dem Lehrstellenangebot und der Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber hat sich weiter geöffnet. Im März 2006 betrug die rechnerische Lehrstellenlücke 256.842 und ist somit um rund 32.000 Stellen größer als noch vor einem Jahr.

Zu viele Unternehmen in Deutschland entziehen sich ihrer sozialen und ökonomischen Verantwortung. Nur noch ein knappes Viertel engagiert sich in der Ausbildung, obwohl rund die Hälfte ausbilden könnte. Erstmals wurden im Jahr 2005 weniger als 60 Prozent eines Altersjahrgangs im dualen System ausgebildet. Anfang der 90er Jahre hatte die Beteiligungsquote noch bei rund 70 Prozent gelegen. Das duale System wird zunehmend ausgehöhlt. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ hat auch im zweiten Jahr positive Ergebnisse erzielt. Doch reichen die bisherigen gemeinsamen Anstrengungen der Wirtschaftsverbände und der Bundesregierung bei weitem nicht aus, um die Situation auf dem Ausbildungsmarkt nachhaltig zu verbessern.

Unternehmen müssen ihrer Verantwortung gerecht werden

Die SPD hält an ihrem Ziel fest, dass alle ausbildungsfähigen und –willigen jungen Menschen ein Ausbildungsplatzangebot erhalten. Hier steht vor allem die Wirtschaft in der Pflicht. Die positive konjunkturelle Entwicklung in Deutschland hat nicht zu einem erhöhten Engagement der Unternehmen in der Ausbildung geführt. Obwohl die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stark davon abhängt, ob es in der Zukunft gelingt, den wachsenden Fachkräftebedarf zu decken, zieht sich die Wirtschaft zunehmend aus der dualen Ausbildung zurück. Dieses Verhalten ist nicht nur unsozial, sondern gefährdet die internationale Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland. Während viele gerade auch kleine und mittelständische Betriebe ihrer unternehmerischen Pflicht nachkommen und junge Fachkräfte ausbilden, verlassen sich immer mehr Unternehmen darauf, dass andere für sie diese Aufgabe mit bewältigen. Diese Unternehmen sind aufgefordert, ihrer Verantwortung für die Ausbildung gerecht zu werden. Der Bundeswirtschaftsminister muss stärker als bisher auf die Unternehmen einwirken und für zusätzliche Ausbildungsplätze werben.

Das duale System erhalten und zukunftsfest gestalten

Die SPD will das weltweit anerkannte System der dualen Berufsbildung erhalten und zukunftsfest weiterentwickeln. Die Reform des Berufsbildungsgesetz (BBiG) war bereits ein entscheidender Schritt, das duale System an die sich zunehmend dynamisch ändernden Anforderungen der Wirtschaft anzupassen. Doch weitere Anstrengungen sind dringend notwendig. Dabei stehen für die SPD zunächst folgende Schritte im Vordergrund:

- Der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland war richtig. Er muss fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Der speziell zu diesem Zweck eingesetzte gemeinsame Lenkungsausschuss hat bislang keine Ergebnisse vorgelegt. Wenige Monate vor dem Start des neuen Ausbildungsjahres ist der Zeitdruck groß. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos und Bundesbildungsministerin Annette Schavan sind dringend aufgefordert, die Arbeit des Lenkungsausschusses voranzutreiben.
- Die von den Wirtschaftsverbänden jährlich zugesagten 30.000 neuen Ausbildungsplätze reichen nicht aus, das sonst sinkende betriebliche Ausbildungsplatzangebot auszugleichen. Die Wirtschaft muss sich zur Schaffung „zusätzlicher“ Ausbildungsplätze verpflichten.
- Nach Ablauf der diesjährigen Frist für das Abschließen von Ausbildungsverträgen am 30. September 2006 müssen die Anstrengungen bei der Nachvermittlung intensiv weiter verfolgt werden.

- Jugendliche mit eingeschränkten Startchancen brauchen eine Brücke in die betriebliche Ausbildung. Das im Rahmen des Ausbildungspakts neu geschaffene Sonderprogramm Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) hat die Erwartungen übertroffen. Bis Ende Januar 2006 sind 42.000 Plätze in Betrieben gemeldet worden. Rund 19.800 Jugendliche haben bereits eine Einstiegsqualifizierung begonnen. Knapp 57 Prozent der Jugendlichen konnten im Anschluss eine betriebliche Ausbildung antreten. Das Sonderprogramm EQJ muss auch über das Jahr 2007 hinaus weitergeführt und ausgebaut werden.
- Einseitige Forderungen nach Kürzungen in der Ausbildungsvergütung sind keine Lösung. Die Höhe der Ausbildungsvergütungen ist Sache der Tarifparteien und muss das auch bleiben. Bereits heute gibt es in einzelnen Branchen Regelungen, die den Tarifparteien Spielräume gewähren.
- Seit 1999 sind mehr als 200 Ausbildungsberufe neu geschaffen oder modernisiert worden. Dieser gewaltige Modernisierungsschub muss weiter fortgesetzt werden.
- Das Berufswahlspektrum von Mädchen muss insbesondere im naturwissenschaftlich-technischen Bereich erweitert werden. Mehr als 50 Prozent der Mädchen wählt aus nur 10 verschiedenen Ausbildungsberufen im dualen System. Unter diesen 10 Berufen ist keiner aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich.
- Bei der Entwicklung des Europäischen Qualifikationsrahmens muss sichergestellt werden, dass Qualifikationen und Abschlüsse des deutschen dualen Systems angemessen repräsentiert sind.
- Der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland war richtig. Er muss fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Der speziell zu diesem Zweck eingesetzte gemeinsame Lenkungsausschuss hat bislang keine Ergebnisse vorgelegt. Wenige Monate vor dem Start des neuen Ausbildungsjahres ist der Zeitdruck groß. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos und Bundesbildungsministerin Annette Schavan sind dringend aufgefordert, die Arbeit des Lenkungsausschusses voranzutreiben.
- Die von den Wirtschaftsverbänden jährlich zugesagten 30.000 neuen Ausbildungsplätze reichen nicht aus, das sonst sinkende betriebliche Ausbildungsplatzangebot auszugleichen. Die Wirtschaft muss sich zur Schaffung „zusätzlicher“ Ausbildungsplätze verpflichten.
- Nach Ablauf der diesjährigen Frist für das Abschließen von Ausbildungsverträgen am 30. September 2006 müssen die Anstrengungen bei der Nachvermittlung intensiv weiter verfolgt werden.
- Jugendliche mit eingeschränkten Startchancen brauchen eine Brücke in die betriebliche Ausbildung. Das im Rahmen des Ausbildungspakts neu geschaffene Sonderpro-

gramm Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) hat die Erwartungen übertroffen. Bis Ende Januar 2006 sind 42.000 Plätze in Betrieben gemeldet worden. Rund 19.800 Jugendliche haben bereits eine Einstiegsqualifizierung begonnen. Knapp 57 Prozent der Jugendlichen konnten im Anschluss eine betriebliche Ausbildung antreten. Das Sonderprogramm EQJ muss auch über das Jahr 2007 hinaus weitergeführt und ausgebaut werden.

- Einseitige Forderungen nach Kürzungen in der Ausbildungsvergütung sind keine Lösung. Die Höhe der Ausbildungsvergütungen ist Sache der Tarifparteien und muss das auch bleiben. Bereits heute gibt es in einzelnen Branchen Regelungen, die den Tarifparteien Spielräume gewähren.
- Seit 1999 sind mehr als 200 Ausbildungsberufe neu geschaffen oder modernisiert worden. Dieser gewaltige Modernisierungsschub muss weiter fortgesetzt werden.
- Das Berufswahlspektrum von Mädchen muss insbesondere im naturwissenschaftlich-technischen Bereich erweitert werden. Mehr als 50 Prozent der Mädchen wählt aus nur 10 verschiedenen Ausbildungsberufen im dualen System. Unter diesen 10 Berufen ist keiner aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich.
- Bei der Entwicklung des Europäischen Qualifikationsrahmens muss sichergestellt werden, dass Qualifikationen und Abschlüsse des deutschen dualen Systems angemessen repräsentiert sind.

Wahlen im Kongo sichern

Außenpolitische Informationen der SPD-Bundestagsfraktion

Am 19. Mai 2006 hat der Bundestag einen Antrag der Bundesregierung „Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation EUFOR RD CONGO zur zeitlich befristeten Unterstützung der VN-Friedensmission MONUC während des Wahlprozesses im Kongo“ beraten. Unter Führung Deutschlands sollen 1.500 Soldaten aus 18 EU-Staaten die Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo am 30. Juli absichern. Von der Bundeswehr sollen bis zu 500 Soldaten als Einsatzkräfte und bis zu 250 als Unterstützungskräfte für vier Monate eingesetzt werden können.

Erste demokratische Wahlen seit 45 Jahren

Die Republik Kongo steht vor einer entscheidenden politischen Weichenstellung. Die Bevölkerung stimmte im Dezember 2005 einer neuen Verfassung zu. Jetzt sollen im Sommer nach Jahrzehnten kriegerischer Auseinandersetzungen die ersten demokratischen Wahlen seit 45 Jahren durchgeführt werden. Einsatzkräfte aus den EU-Mitgliedstaaten sollen bereitstehen, um Störungen des Wahlprozesses zu verhindern. Die kongolesische Bevölke-

rung soll ermutigt werden, sich in einem sicheren Umfeld an den Wahlen zu beteiligen. Dabei liegt der Schwerpunkt der EU-Operation in Kinshasa. Die Bundesrepublik wird außerdem das EU-Operationshauptquartier der Mission in Potsdam bereitstellen.

Die DR Kongo hat enorme Bedeutung für die gesamte zentralafrikanische Region und darüber hinaus. Ein stabiler Kongo strahlt auf den gesamten Kontinent aus - ein instabiler Kongo ohne handlungsfähige Regierung umgekehrt ebenso. Kurzfristiges Ziel muss es daher sein, einen friedlichen und geordneten Verlauf der Wahlen zu unterstützen.

Wir Sozialdemokraten wollen gerechte Löhne für gute Arbeit. Menschen, die einer geregelten, vollschichtigen Erwerbstätigkeit nachgehen, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können.

Wir Sozialdemokraten sind deshalb seit langem mit den Gewerkschaften im Gespräch, mit welchen Instrumenten wir für Existenz sichernde Löhne sorgen können. Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Lösung finden. Für uns stehen tarifvertragliche Lösungen im Vordergrund.

Wir müssen aber auch, gerade im Zusammenhang mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie, Regelungen finden, die eine Mindestabsicherung gegen Billiglohnkonkurrenz in den Bereichen ermöglicht, die keiner tarifvertraglichen Regelung unterliegen.

Steueränderungsgesetz 2007

Finanzpolitische Informationen der SPD-Bundestagsfraktion

Die größte Herausforderung der kommenden Jahre ist, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte nachhaltig zu begrenzen und finanzielle Handlungsspielräume zu gewinnen, um strukturelle Reformen konsequent angehen zu können. In der Steuerpolitik müssen dafür die Einnahmen stabilisiert, die steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten beseitigt und unnötige Steuersubventionen abgebaut werden. Ein weiteres Maßnahmenpaket dazu haben die Fraktionen von SPD und CDU/CSU mit dem in 1. Lesung eingebrachten Steueränderungsgesetz 2007 auf den Weg gebracht.

Folgende Steueränderungen sind u.a. vorgesehen:

- **Spitzensteuersatz (sog. Reichensteuer):** Der Spitzensteuersatz soll ab einem zu versteuernden Einkommen von über 250.000 Euro für Ledige und 500.000 Euro für Verheiratete von 42 auf 45 Prozent erhöht werden. Zeitlich befristet – bis die geplante Unternehmensteuerreform 2008 in Kraft tritt – sollen davon sog. Gewinneinkünfte (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit) ausgenommen werden. Die unterschiedliche Behandlung

der gewerblichen Einkünfte im Vergleich zu den übrigen Gewinneinkunftsarten wäre verfassungsrechtlich nicht zu halten.

- **Kindergeld:** Die Anspruchsdauer auf das Kindergeld und die Kinderfreibeträge soll von 27 Jahre auf 25 Jahre abgesenkt werden. Heute 25- bis 27-Jährige sollen von der Neuregelung nicht betroffen werden. Heute 24-Jährige sollen bis zur Vollendung ihres 26. Lebensjahr berücksichtigt werden.
- **Entfernungspauschale:** Künftig soll die Entfernungspauschale von 30 Cent je Kilometer nur noch für Strecken oberhalb von 20 Kilometern steuerlich berücksichtigt werden.
- **Sparerfreibeträge:** Der Sparerfreibetrag soll für Ledige von 1.370 Euro auf 750 Euro und für Verheiratete von 2.740 Euro auf 1.500 Euro herabgesetzt werden.
- **Werbungskosten:** Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer sollen nur noch dann abzugsfähig sein, wenn dieses den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit bildet.

Haushaltsbegleitgesetz 2006

Haushaltspolitische Informationen der SPD-Bundestagsfraktion

Die Große Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, in 2007 das Maastricht-Kriterium und vor allem Artikel 115 des Grundgesetzes (Schulden dürfen Investitionen nicht übersteigen) wieder einzuhalten und den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren. Dazu bedarf es einer Reihe von Maßnahmen, die uns nicht leicht fallen. Diese Maßnahmen werden u.a. mit dem in 2./3. Lesung beschlossenen Haushaltsbegleitgesetz 2006 umgesetzt.

Die wichtigsten Maßnahmen:

- Erhöhung der Mehrwertsteuer und des Regelsatzes zur Versicherungssteuer zum 1. Januar 2007 von 16 Prozent auf 19 Prozent.
- Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird ebenfalls zum 1. Januar 2007 um 2 Prozentpunkte von 6,5 Prozent auf 4,5 Prozent gesenkt. Diese Absenkung wird durch das Aufkommen eines Mehrwertsteuerpunktes unterstützt.
- Der bisherige Defizitzuschuss des Bundes zur Bundesagentur für Arbeit wird zukünftig entfallen, etwaige vorübergehender Unterstützungsbedarf wird im Wege eines Darlehens gewährleistet.
- Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt an die gesetzliche Krankenversicherung werden 2007 auf 1,5 Milliarden Euro abgesenkt, ab 2008 ganz auslaufen.
- Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende werden 2006 Einsparmaßnahmen eingeleitet, die sich bei voller Wirksamkeit ab 2007 auf rund 4 Milliarden Euro belaufen werden.

- Der allgemeine Bundeszuschuss zur Rentenversicherung wird im Jahr 2006 um 170 Millionen Euro und ab dem Jahr 2007 um 340 Millionen Euro vermindert werden.
- Das Weihnachtsgeld für aktive Beamte und Versorgungsempfänger wird für die Jahre 2006 bis 2010 halbiert. Die Empfänger/innen von Dienstbezügen bis zur Besoldungsgruppe A 8 bleiben davon ausgenommen.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist nur vertretbar, weil in diesem Jahr alles getan wird, damit die Konjunktur an Fahrt und Stabilität gewinnt. Außerdem sollen Mieten weiterhin umsatzsteuerfrei bleiben und beim ermäßigten Mehrwertsteuersatz, dem die meisten Güter des täglichen Bedarfs unterliegen, ändert sich nichts.

Bekämpfung von Terrorismus und grenzüberschreitender Kriminalität

Innenpolitische Informationen der SPD-Bundestagsfraktion

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche das Ratifizierungs- sowie das entsprechende Umsetzungsgesetz zu dem Vertrag vom 27. Mai 2005 zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Spanien, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich über die Vertiefung der Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Terrorismus, grenzüberschreitender Kriminalität und illegaler Migration verabschiedet. Der völkerrechtliche Vertrag zwischen den genannten Staaten kann damit ratifiziert werden.

Zugriff auf nationale Datenbanken

Das Umsetzungsgesetz definiert die Verantwortlichkeiten der nationalen Kontaktstellen, die Kennung zugriffsberechtigter Bearbeiter in deutschen Behörden sowie das Verfahren zum automatisierten Abruf oder Abgleich von DNA-Daten oder zur Kennzeichnung von personenbezogenen Daten. Nach Vertragsratifizierung, mit der in der zweiten Jahreshälfte gerechnet wird, gewähren sich die beteiligten Staaten untereinander den Zugriff auf nationale Datenbanken. Nach dem so genannten Treffer/kein Treffer-System (hit/no-hit) soll generell auch der Zugriff auf DNA-Analysedateien sowie auf Fingerabdruckdateien eröffnet werden. Im Fall eines Treffers entscheiden dann die nationalen Einrichtungen oder Gremien über das weitere Verfahren zur Überstellung von Daten oder Personen an den anfragenden Staat.

Im parlamentarischen Verfahren haben sowohl der Bundesdatenschutzbeauftragte sowie die Bundesregierung den Pilotcharakter des Vertrages betont, bei dem ein beachtliches Maß an Datenschutz erreicht worden sei.

Aus Europa

Schließung von Guantanamo

Pressemitteilung von Erika Mann, MdEP

Nach einer kürzlichen Besichtigung des Gefangenenlagers Camp Delta auf dem US-Militärstützpunkt Guantanamo Bay hat sich die sozialdemokratische Europaabgeordnete Erika Mann für dessen langfristige Schließung ausgesprochen.

„Das juristische Vakuum, in dem sich die Gefangenen befinden, ist nach internationalem Recht nicht hinnehmbar, und es geht nicht an, dass Gefangene ohne solides Gerichtsverfahren über Jahre hinweg inhaftiert werden“, erklärte Erika Mann. Auf Einladung der amerikanischen Regierung reiste Erika Mann am Montag in einer gemischten Delegation gemeinsam mit drei weiteren EU-Abgeordneten (Elmar Brok, James Elles, Arlene McCarthy) sowie zwei US-Kongress-Abgeordneten (Senator Bob Bennett, Congressman Dennis Cardoza) nach Guantanamo Bay.

„Das eigentliche Problem des Guantanamo-Lagers besteht darin, dass es als Bestandteil des „War on Terrorism“ eingerichtet wurde und dass sich die Amerikaner als Nation im Krieg verstehen“, erklärt Erika Mann: „Aus dieser Logik ergeben sich alle Konsequenzen. Im Gespräch mit meinen amerikanischen Kollegen habe ich deutlich gemacht, dass die westlichen Werte dieser Sichtweise nicht zum Opfer fallen dürfen.“ Für Erika Mann ist es wichtig, dass eine Internationalisierung und damit Rechtssicherheit langfristig geschaffen wird, da nicht davon auszugehen sei, dass international agierende Terrorgruppen ihren Kampf in näherer Zukunft aufgeben würden.

„Mein Anliegen war es, mir ein eigenes Bild von der Situation vor Ort zu machen und somit meine persönliche Argumentationsgrundlage in der gegenwärtigen Debatte um die Schließung Guantánamos zu stärken“, fasst Erika Mann die Hintergründe ihrer Reise in das umstrittene Internierungslager zusammen: „Trotz der Kürze des Aufenthalts konnten wir einen umfassenden Einblick in das Lager gewinnen. Die Situation der Gefangenen scheint sich inzwischen offensichtlich den internationalen Standards annähern zu haben.“ Erika Mann ergänzt: „In diesem Zusammenhang wird es wichtig sein, den Bericht der OECD-Menschenrechtsdelegation abzuwarten, die jüngst die Einrichtungen in Guantanamo inspiziert hatte und ihren Bericht im Juni veröffentlichen wird.“

Bereits Anfang 2004 hatte sich Erika Mann gemeinsam mit 84 Europaabgeordneten sowie weiteren britischen Politikern in einem sogenannten Amicus-Curiae-Schreiben (= friends of court) an den US Supreme Court, der höchsten Gerichtsstanz der Vereinigten Staaten, gewandt und eine bessere Behandlung der Guantanamo-Gefangenen gefordert.

Von einer schnellen Schließung Guantanamo geht die SPD-Politikerin indes nicht aus: „Der Bau eines neuen Hochsicherheitstraktes für bis zu 220 Insassen spricht eine deutliche Sprache.“

Hintergrund:

Im Camp Delta auf Guantanamo Bay werden zum Teil seit Jahren Terrorverdächtige u.a. aus Afghanistan sowie aus weiteren Ländern festgehalten – viele davon z. T. ohne juristischen Beistand und ohne Verfahren. Guantanamo-Bay ist eine 20 Kilometer breite und 8 Kilometer lange Bucht im südlichen Teil Kubas unter US-amerikanischer Kontrolle.

Termine

Hier eine kleine Auswahl an Veranstaltungen:

Dienstag, 13. Juni 2006

Die Pflegeversicherung vor der Reform

Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (AsG) und des Arbeitskreises Kirche und SPD des SPD-Bezirks Hannover

Beginn: 18.30 Uhr, Niedersächsischer Landtag Hannover, Raum 1105

Anmeldungen bitte per Mail an: ag-ak.hannover@spd.de

Mittwoch, 28. Juni 2006

Konferenz der AG 60 plus im Unterbezirk Hameln-Pyrmont

voraussichtlicher Beginn: 14.00 bis 14.30 Uhr,

Restaurant Mediterran im Sporthof, Hameln

Montag, 03. Juli 2006

Bildungspolitische Veranstaltung mit Wolfgang Wulf, MdL Schulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Beginn: 19.00 Uhr, Restaurant Mediterran im Sporthof, Hameln

Freitag, 14. Juli 2006

Wahlkampfauf der Hamelner SPD mit Oberbürgermeisterkandidatin Susanne Lippmann und einem Überraschungspromi

voraussichtlicher Beginn: 15.00 Uhr, Terrasse des Restaurant Globus, Hameln

Kontakte

Unterbezirksbüro

Heiliggeiststr. 2
31785 Hameln
Telefon: +49.[0]5151.1073380
Telefax: +49.[0]5151.1073394
Email: Hameln-Pyrmont@spd.de
Homepage: www.SPD-Hamel-Pyrmont.de

Abgeordneten-Büros

Heiliggeiststr. 2
31785 Hameln
Gabriele Lösekrug-Möller, MdB
Telefon: +49.[0]5151.1073399
Telefax: +49.[0]5151.407486
Email:
Gabriele.Loeseckrug-Moeller@wk.bundestag.de

Volker Brockmann, MdL

Telefon: +49.[0]5151.1073397
Telefax: +49.[0]5151.1073395
Email: v.brockmann@web.de

Kreistagsfraktion

Heiliggeiststr. 2
31785 Hameln
Ulrich Watermann,
Fraktionsvorsitzender
Telefon: +49.[0]5151.1073385
Telefax: +49.[0]5151.1073394
Email: SPD-Kreistag-HM-PY@t-online.de